

Antrag 189/I/2025**KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)****Für eine solidarische Verteilung der Lasten der Nothilfe für Geflüchtete in Berlin**

- 1 Wir fordern die SPD-Mitglieder in Senat und Abgeordne-
- 2 tenhaus sowie den Landesvorstand der Berliner SPD auf
- 3 stärker als bisher aktiv, politisch steuernd auf eine ge-
- 4 rechtere und solidarische Verteilung der Lasten der Unter-
- 5 bringung geflüchteter Menschen über alle Berliner Bezir-
- 6 ke hinzuwirken und sich nicht mehr länger hinter Verwal-
- 7 tungshandel zu verstecken.
- 8
- 9 Wichtige zukünftige Standortentscheidungen dürfen
- 10 nicht nur allein von der Verfügbarkeit von Unter-
- 11 bringungsmöglichkeiten abhängig gemacht werden,
- 12 sondern müssen stets auch weitere örtliche Faktoren
- 13 berücksichtigen. Hierzu gehören besondere regionale
- 14 Herausforderungen, die Leistungsfähigkeit der bestehen-
- 15 den Infrastruktur, aber auch die Bauentwicklung im
- 16 Umfeld, die eine zusätzliche zukünftige Belastung für die
- 17 bestehende Infrastruktur bedeutet. Der geschäftsführen-
- 18 de Landesvorstand wird dementsprechend aufgefordert,
- 19 aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um die Disbalance bei der
- 20 Verteilung von Unterkunftsplätzen zwischen den Berliner
- 21 Bezirken kurz-, mittel- und langfristig abzubauen. Dabei
- 22 gilt es, Kieze mit hoher sozialer Belastung zu entlas-
- 23 ten und eine proportionale Verteilung entsprechend
- 24 der Einwohnerzahl anzustreben. Großunterkünfte in
- 25 sozial belasteten Kiezen und Inhouse-Beschulung von
- 26 schulpflichtigen Kindern dürfen nur die absolute Aus-
- 27 nahme sein, da sie Grundprinzipien sozialdemokratischer
- 28 Integrations- und Bildungspolitik widersprechen.
- 29
- 30 Wir fordern zudem ein Sofortprogramm zur Stärkung
- 31 der sozialen Infrastruktur für überproportional belastete
- 32 Kieze mit besonderen sozio-ökonomischen Herausforderun-
- 33 gen, schwacher sozialer Infrastruktur und damit verbun-
- 34 denen Integrationshemmnissen. In diesem Zusammen-
- 35 hang fordern wir den Landesvorstand auf, sich mit Nach-
- 36 druck für die geplante Gemeinschaftspauschale als finan-
- 37 ziellen Ausgleich für die zusätzliche Belastungen der Be-
- 38 zirke einzusetzen.
- 39
- 40 Der geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt,
- 41 umgehend nachhaltige Verbesserungen der Bedingun-
- 42 gen in Tegel zu schaffen und das bestehende Provisorium
- 43 zu beenden. Zudem soll er ein Konzept entwickeln und
- 44 umsetzen, wie die Information und Beteiligung der Bür-
- 45 gerinnen im Umkreis geplanter Unterkünfte frühzeitiger
- 46 und transparenter erfolgen kann. Anwohnerinnen müs-
- 47 sen mehr Möglichkeiten erhalten, eigene Vorschläge zur
- 48 Gestaltung des baulichen und sozialen Umfelds der Un-

49 Unterkünfte einzubringen, damit auch für sie ein Mehrwert
50 entsteht.

51

52 Wenn aufgrund der mangelnden kurzfristigen Verfügbar-
53 keit freier Unterkunftskapazitäten in einigen Bezirken und
54 Kiezen keine kurzfristige Reduktion der Ungleichvertei-
55 lung möglich ist, fordern wir Ersatzmaßnahmen bspw. in
56 finanzieller sowie personeller Hinsicht.

57

58 Sobald die entsprechenden Überlegungen des gLV und
59 LV abgeschlossen sind wird parteiöffentliches Workshop-
60 Format unter Beteiligung von externen Expert*innen ein-
61 berufen, um die parteiinterne Debatte zu fördern und Vor-
62 schläge für die Berlin-Wahlen in 2026 zu entwickeln.

63

64 Um die Verteilung auch bundesweit gerechter zu gestal-
65 ten, soll sich der Berliner Senat dafür einsetzen, dass in ei-
66 nem ersten Schritt der bestehende Königsteiner Schlüssel
67 von allen Bundesländern eingehalten wird. Darüber hin-
68 aus soll eine Bundesratsinitiative für einen neuen Verteil-
69 mechanismus auf den Weg gebracht werden, der die rea-
70 le Integrationsfähigkeit der Bundesländer stärker berück-
71 sichtigt.

72

73 **Begründung**

74 Geflüchteten Menschen zu helfen ist eine Frage des An-
75 standes und der Menschlichkeit. Sozialdemokratische Po-
76 litik mit Herz und Verstand verschließt weder die Augen
77 vor der Not vieler zu uns geflüchteter Menschen, noch den
78 berechtigten Sorgen, die die hier bereits lebenden Nach-
79 barinnen und Nachbarn haben, dass sich bestehende so-
80 ziale Probleme in den Kiezen verschärfen, wenn kurzfristig
81 viele neue Menschen – egal woher sie stammen – hinzu-
82 ziehen.

83

84 Es bedarf unbedingt neuer Unterkünfte mit hinreichen-
85 den Kapazitäten, um insbesondere die prekären Unter-
86 bringungsumstände in Tegel – für die wir uns als Berli-
87 ner SPD nur schämen können – schnell und nachhaltig zu
88 überwinden. Wir müssen zudem vorsorglich mehr Unter-
89 bringungsmöglichkeiten schaffen, um im Falle einer sich
90 möglicherweise weiter verschärfenden Situation in der
91 Ukraine oder im nahen und mittleren Osten, besser als in
92 den letzten Jahren vorbereitet zu sein. Zugleich gilt es die
93 nötigen Voraussetzungen für eine schnelle Integration der
94 neuen Nachbar*innen zu gewährleisten. Das war und ist
95 uns als Berliner SPD seit jeher ein besonderes Herzensan-
96 liegen.

97

98 Es widerspricht jedoch sozialdemokratischen Werten,
99 dass an vielen Orten unserer Stadt, Geflüchtete, ihre
100 Nachbarinnen und Nachbarn, ehrenamtliche und poli-
101 tisch Engagierte mit ihren Problemen, wie fehlende so-

102 ziale Infrastrukturen, allein gelassen werden. Wenn Sonn-
103 tagsreden und Apelle von maßgeblichen Akteuren statt
104 konkrete, pragmatische mit finanziellen Mitteln unterleg-
105 te Unterstützungsangebote folgen, trotz dringender Bit-
106 ten von Genoss*innen an der Basis und in verantwortli-
107 chen Positionen in den Bezirken. Wenn betroffene Bür-
108 ger*innen, die zuständigen Behörden und Gremien so spät
109 wie möglich informiert und wenn, dann nur der Form hal-
110 ber und halbherzig beteiligt werden. Wir laufen in vielen
111 Berliner Kiezen auf eine Eskalation sozialer Spannungen
112 zu, wenn sich Bürger*innen alleine gelassenen fühlen und
113 sich die objektive Versorgung mit grundlegenden sozialen
114 Infrastrukturen weiter verschlechtert. Zudem besteht die
115 ernste Gefahr, dass destruktive, populistische Akteure von
116 rechts und links diese Situation politisch ausnutzen und
117 noch mehr Zulauf als bisher bekommen.

118
119 Wie unter einem Brennglas kulminieren diese Probleme
120 in Lichtenberg an der Landsberger Allee im ehemaligen
121 Hotel City East Dieser Standort ist keiner wie andere. Auf-
122 grund der sehr angespannten sozialen Infrastruktur vor
123 Ort, insb. fehlender Schulplätze und einer unzureichen-
124 den medizinischen Versorgung, aber auch aufgrund sei-
125 ner schier geplanten Größe, sehen wir ihn extrem kri-
126 tisch. Zudem wird es durch die zahlreichen neuen Woh-
127 nungsbauprojekte im Umfeld zu einer weiteren substan-
128 ziellen Inanspruchnahme der bereits hoch belasteten In-
129 frastruktur kommen.

130
131 Zudem sehen wir, dass die Lasten auf wenige Bezirke –
132 und sogar wenige Kieze innerhalb dieser – gerade in sol-
133 chen mit besonderen sozio-ökonomischen Problemlagen
134 – in unsolidarischer Weise abgewälzt werden. Das betrifft
135 nicht nur Lichtenberg und hier insb. den Altbezirk Hohen-
136 schönhausen, sondern bspw. auch den Norden Pankows
137 oder Teile Spandaus. Diese fehlende Balance untergräbt
138 die Bereitschaft, gerade der Anwohnenden, sich pragma-
139 tisch vor Ort mit den Herausforderungen auseinander-
140 zusetzen. Sie fördert Misstrauen gegenüber „der Politik“,
141 Wut und Verzweiflung, aber auch Apathie und Rückzug
142 ins Private. Sie ist ein Knüppel in die Beine der Genoss*in-
143 nen und Bürger*innen, die sich aktiv für die Integration
144 und den Erhalt des sozialen Friedens einsetzen.

145
146 Diese Fehlentwicklungen mangelnder politischer Verant-
147 wortungsübernahme seitens des Senats und mancher Be-
148 zirke, sind für viele SPD-Gliederungen von Relevanz. Lich-
149 tenberg will mit diesem Antrag den Start der nötigen, lan-
150 ge überfälligen berlinweiten Debatte in der SPD Berlin
151 herbeiführen und zur Beschleunigung der dringend nöti-
152 gen Unterstützung an der Basis beitragen.

153